

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 249

28. Nov. 2001

8. Jahrgang

„Es ist nicht einfach, sich ihren Angeboten zu entziehen“

In den 60er Jahren war der Ixcán eine fast unbewohnte Gegend. Viele BäuerInnen aus andern Landesteilen siedelten sich dort an, weil sie in ihren Heimatgemeinden kein Land hatten. Heute ist das Leben im Ixcán kompliziert, nicht nur wegen der Armut, sondern auch, weil dort Menschen unterschiedlicher Herkunft und Ideologie zusammenleben: Soldaten, Paramilitärs, ehemalige GuerillakämpferInnen, zurückgekehrte Flüchtlinge, intern Vertriebene, BewohnerInnen der Modelldörfer.

Der Ixcán ist die Hoffnung für viele landlose Indígenas. Doch befinden sich grosse Teile des Gebiets in den Händen ehemaliger Militärs. Von vielen werden die unterschiedlichen Entwicklungspläne der katholischen Kirche, des Militärs und der nordamerikanischen Entwicklungsagentur AID als neue Form der Kolonisierung empfunden. Noch heute wird das Leben im Ixcán von unterschiedlichen Interessen bestimmt. Die Folge davon ist Angst, sich bekämpfende Gruppierungen, Hunger und viel Arbeit, die auf allen Ebenen zu tun ist.

Anfang November weilten der Menschenrechtsaktivist Anselmo Roldan Aguilar und die Frauenrechtsaktivistin Teresa de Jesus Rafael Cardona auf Einladung von HEKS in der Schweiz. Beide stammen aus dem Dorf Cuarto Pueblo, Ixcán, das am 14. März 1982 Schauplatz eines schrecklichen Massakers war. Beide sind Ende 1982, bzw. Anfang 1983 zuerst in die Berge, dann nach Mexiko geflüchtet und nahmen 1993 an der ersten kollektiven Rückkehr nach Guatemala teil. Martina Greiter vom Guatemala-Netz Bern, von dem die beiden während ihres Aufenthaltes betreut wurden, sprach mit ihnen über ihre heutige Arbeit und über ihre Strategien, mit denen sie für Gerechtigkeit und/bzw. Gleichberechtigung kämpfen.

Anselmo Roldan Aguilar, in welcher Organisation sind Sie tätig?

Ich bin Präsident der Menschenrechtsvereinigung der Region Ixcán (ADHAI). Sie wurde 1997 gegründet und arbeitet in den fünf Kooperativen Los Angeles, Pueblo Nuevo, Xalbal, Cuarto Pueblo und Mayalan. Ausserdem bin ich Präsident der Asociación Justicia y Reconciliación (AJR), der Vereinigung „Gerechtigkeit und Versöhnung“, welche in Zusammenarbeit mit der guatemalteckischen Menschenrechtsorganisation CALDH vor zuständigen nationalen Gerichten Anklage gegen die Verantwortlichen für die Massaker im Jahr 1982 erhebt.

Was tut die Menschenrechtsvereinigung ADHAI?

Eine der wichtigsten Tätigkeiten war die Förderung von Exhumierungen. Diese Arbeit konnte praktisch abgeschlossen werden. Heute bestehen unsere Aktivitäten in der Region Ixcán vor allem darin, Menschenrechtsverletzungen anzuzeigen, die Umsetzung der Friedensverträge zu überwachen und Leute zu begleiten, die bei uns um rechtlichen Beistand bitten. Im weiteren haben wir zum Ziel, unsere Arbeit mit anderen Sektoren der Gemeinde zu koordinieren, unter anderem mit den LehrerInnen und der Leitung der Kooperative. Wir kümmern uns aber auch um Dienstleistungen für die Gemeinde, wie die Trinkwasserversorgung.

Ab 1999 gründeten wir zusammen mit mehreren Gemeinden die AJR, um auch auf nationaler Ebene für Gerechtigkeit und Versöhnung und gegen die Straflosigkeit zu kämpfen. Zuerst (3. Mai 2000) wurde General Lucas Garcia und dessen oberste Befehlshaber von 9 Gemeinden und dann (6. Juni 2001) Ex-General Rios Montt, derzeitiger Präsident des Kon-

gresses, von 11 Gemeinden des Völkermordes angeklagt.

Wie reagieren Kreise um Rios Montt auf diese Klage?

Der Versuch von Rios Montt und nahestehenden Militärs, die Staatsanwaltschaft wieder vermehrt unter ihre Kontrolle zu bringen, dürfte eine Strategie sein, sich vor diesen Anklagen zu schützen (siehe ¡Fijate 247).

Welche Art von Menschenrechtsverletzungen geschehen zur Zeit in der Region Ixcán?

Die grössten Probleme im Bereich Menschenrechte sind wie zu Zeiten vor den Friedensverträgen die Verletzungen der Rechte der Zivilgesellschaft auf freie politische Partizipation und die Meinungsfreiheit, wie sie in der Verfassung gewährleistet wären. Diesbezüglich hat sich hier fast nichts verändert. Die ehemaligen Zivilpatrouillen (PAC), die heute in der Region Ixcán unter verschiedenen neuen Bezeichnungen auftreten, so im Fall Cuarto Pueblo als ‚Freundschaftskomitees‘ (Comites de Amistad), stören und verhindern die Ausübung dieser Rechte.

Mit welchen Strategien tun sie das?

Ich spreche jetzt für Cuarto Pueblo. Hier geschah das schlimmste Massaker der Region, und hier ist die Situation auch heute noch am schlimmsten. Mitglieder der Freundschaftskomitees schüchtern die Menschen ein und drohen sie umzubringen, falls sie an Versammlungen teilnehmen. Sie fragen, warum die Leute in diesen Organisationen teilnehmen. Das seien doch Organisationen der

Guerilla. Auch gewisse politische Parteien wie die ANN seien doch von der Guerilla. Sie wollen nicht, dass sich die Menschen organisieren. Ausserdem versprechen sie Infrastrukturprojekte für ganze Gruppen oder konkrete Zahlungen an einzelne Personen. So kamen sie vor etwa drei Jahren auch bei mir ins Haus, boten mir Geld an und versprachen, mich in Ruhe zu lassen, wenn ich meine Aktivitäten bleiben lasse und mich auf ihre Seite stelle. Sie und die Leute wüssten, was früher passiert sei, das müsse man ihnen nicht noch sagen. Es ist nicht einfach, sich diesen Angeboten zu entziehen. Häufig wird aber auch ganz einfach versprochen und dann nicht eingehalten.

Vor etwa 2 Monaten kamen auch Mitglieder der Armee in Cuarto Pueblo vorbei. Sie machten Umfragen bei den Leuten. Sie organisierten zivile Aktivitäten. Sie zeigten Propaganda-Filme, um die Aufmerksamkeit der Leute zu erlangen. Sie befragten auch die LehrerInnen, wie sie und was sie unterrichten. Sie befragten die LadenbesitzerInnen, wie es mit der ökonomischen Situation aussehe. Auch beim Menschenrechtsverein von Cuarto Pueblo kamen sie vorbei. Für uns ist das nicht seltsam. Sie machen das, um auf lokaler Ebene Informationen zu erhalten und um die Leute zu kontrollieren.

Was kann Ihre Vereinigung dagegen unternehmen?

Was wir tun können ist, die Aktivitäten der Ex-PAC und jene der Armee anzuzeigen und zu verlangen, dass die Armee die Rolle spielt, die ihr auf nationaler Ebene zugeordnet ist. Auch bei Landkonflikten, wo Ex-PAC involviert sind, erstatten wir Anzeige. So beispiels-

weise beim Fall Los Cimientos. Diese Anzeigen gehen an den Friedensrichter in Playa Grande. Nur bei wichtigen Fällen gelangen wir an das Gericht in Cobán oder sogar an Gerichte der nationalen oder, in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, sogar auf internationaler Ebene. Wir informieren auch MINUGUA, die staatliche Ombudsstelle für Menschenrechte und die Sozialdiözese der katholischen Kirche, mit welcher die Zusammenarbeit sehr gut ist. Wenn es nötig ist veranstalten wir mit all diesen Institutionen gemeinsame Sitzungen, um das weitere Vorgehen zu diskutieren. Wenn notwendig, halten wir auch Versammlungen zusammen mit Militärangehörigen ab.

Ein wichtiger Teil unserer Arbeit besteht also darin, die sehr geschwächte und durch die Aktivitäten der Ex-PAC auseinander dividierte zivile Gesellschaft zu stärken und die Kooperation zu fördern. Es bestehen, mitunter wegen der Aktivitäten der Ex-PAC, sehr viele Konflikte zwischen Gruppen aber auch innerhalb der Familien und der Nachbarschaft, was meiner Meinung nach das grösste Problem im Ixcán darstellt. Wir orientieren die Leute u.a. auch in Workshops über ihre Rechte und dass es ihnen freisteht, ob und in welcher politischen Organisation sie sich engagieren möchten.

Gibt es konkrete Verbindungen zwischen den Freundschafts- Komitees und der Armee?

Ganz offensichtlich. Mitglieder der Komitees nehmen beispielsweise an Versammlungen in der Militärkaserne teil. Die Ex-PAC erhalten dort Anweisungen, wie sie vorgehen sollen. Viele von ihnen handeln nicht gemäss ihrer eige-

nen Initiative, sondern werden von der Armee dazu angestiftet.

Häufig treten Soldaten und Ex-PAC bei ihren Aktivitäten gemeinsam auf. Die konkreten Bedrohungen und Einschüchterungen stammen aber meistens von den Freundschaftskomitees, so auch bei uns in der Menschenrechtsvereinigung. Ich selber wurde dieses Jahr Opfer eines versuchten Attentates. Zuerst wurden Morddrohungen ausgestossen, dann geschah die Schändung des historische Denkmals zur Erinnerung der Opfer der Massaker und zuletzt wurde ich an Leib und Leben attackiert. Dies alles geschah in einer sehr logischen Reihenfolge. Die Person, die mich angriff, kenne ich gut. Sie war früher selber Mitglied des Menschenrechtsvereins und ist möglicherweise durch Zahlungen oder sonst wie auf die andere Seite gezogen worden. Übrigens, nach dem Attentat bekam ich nur kurze Zeit Schutz von MINUGUA und war danach wieder fast auf mich allein gestellt. Es sind aber internationale FriedensbeobachterInnen bei uns, die für unsere Arbeit sehr wichtig sind.

Was sind weitere wichtige Aktivitäten Ihrer Vereinigung?

Wir kämpfen seit längerem für die Einrichtung eines Bezirksgerichtes der ersten Instanz für die Region Ixcán. Bis heute fehlt uns ein solches Gericht. Der Richter, der in der Bezirksbehörde für den Bezirk Ixcán arbeitet, ist völlig überlastet. Bis heute gibt es keine Gerechtigkeit im Ixcán. Für diese Gerechtigkeit kämpfen wir. Es kam zwar zu kleinen Verbesserungen seit Abschluss der Friedensverträge, aber die Situation ist immer noch praktisch dieselbe wie zu Zeiten des internen Konfliktes.

„Sie wissen gar nicht, was wir sonst noch alles machen“

Teresa de Jesus Cardona, in welcher Organisation arbeiten sie und welche Funktionen haben sie?

Ich bin Koordinatorin der Frauenorganisation AMPI (Asociación de Mujeres para el Progreso Ixcán), die nach der Rückkehr vieler Frauen aus dem Exil im Jahr 1993 gegründet wurde. Seit 1999 hat AMPI einen offiziellen juristischen Status. Mit AMPI arbeiten wir in fünfzehn Gemeinden der Region Ixcán und haben 300 Mitglieder. Ebenfalls bin ich Präsidentin des Kreditvereines (Banco comunal) der AMPI-Frauen in Cuarto Pueblo, dem zur Zeit 41 Frauen angehören.

Was sind zur Zeit die prioritären Aktivitäten bei AMPI? Welche Ziele verfolgen Sie?

Unser wichtigstes Ziel ist es, mit produktiven Projekten (Seifen, Shampoo, Konfitüren u.a.) Einkommensquellen für die Frauen zu schaffen. Wir haben das Ziel, unsere Aktivitäten zu einem Kleinbetrieb auszuweiten und eine entsprechende Marktstudie ist zur Zeit im Gang. Sieben der fünfzehn Gemeinden sind an diesem grösseren Projekt beteiligt. Das Ziel wird sein, in jeder dieser sieben Gemeinden ein Produktionslokal zu schaffen, die Produkte aber gemeinsam zu vermarkten.

Ausserdem möchten wir unsere Vereinigung stärken und vor allem auch die Frauen bezüglich der Herstellung der einzelnen Produkte ausbilden aber auch zu vermehrter Beteiligung in den Gemeinden befähigen. Dazu gehören Workshops zu Menschenrechten und allgemeiner Bildung. Damit können wir unsere Arbeit verbessern und können uns in unseren Gemeinden für unsere Rechte wehren und unsere wirtschaftliche Situation selbständig verbessern. Der Machismo ist ein Problem. Die Situation hat sich etwas gebessert aber die Frauen sind nach wie vor stark isoliert. Ohne die Beteiligung der Frauen ist aber keine Entwicklung möglich.

Auf welche Widerstände stossen Sie bei ihrer Arbeit von Seiten der Männer? Wie wirken sich die Aktivitäten der sogenannten Freundschaftskomitees in Cuarto Pueblo auf ihre Organisation aus?

Zuerst gab es viel Probleme und starke Divisionen, aber dann haben wir Frauen realisiert, dass wir die Fähigkeiten haben, als Frauen eine Arbeit zu machen. Wir haben uns organisiert. Wir haben uns stark in den Gemeinden verankert und deshalb haben wir heute viel weniger Probleme. Die Zusammenarbeit mit den örtlichen politischen Behörden ist gut, vor allem auch mit dem Bürgermeister der Region Ixcán, Marcos Ramirez.

In AMPI machen wir auch Gesundheitsarbeit in den verschiedenen Gemeinden, und da laden wir auch Männer von öffentlichen Behörden, aber auch von den Freundschaftskomitees ein, mit uns zusammenzuarbeiten. Damit gibt es keine grösseren Probleme, weder im Ixcán noch auf gesamtregionaler Ebene. Neben den produktiven Projekten führen wir aber auch Ausbildungen zu Menschen-

rechten, Alfabetisierung, Stärkung des Selbstwertgefühles der Frauen durch. An diesen Kursen können auch Frauen teilnehmen, die nicht Mitglied von AMPI sind.

Gibt es bei diesen Aktivitäten keine Konfrontationen mit den Freundschaftskomitees?

Sie wissen manchmal gar nicht, was wir hinter den wirtschaftlichen Projekten sonst noch so alles machen, und wenn sie es wissen und bei uns vorbei kommen, dann wissen wir uns zu wehren.

Deshalb ist es so wichtig, die Menschenrechte und die guatemaltekische Verfassung zu kennen. Ich selber konnte solche Sachen im Exil in Mexiko lernen. Wenn sie also kommen, denn sagen wir, was unsere Rechte sind, und sie haben keine Chance mehr, uns gegeneinander aufzubringen. Es gibt auch heute noch schwächere Gemeinden, wo diese Taktik der Ex-PAC immer noch verfängt, aber deshalb ist es ja so wichtig, unsere Organisation noch stärker

in den Gemeinden zu verankern.

Neuerdings besteht ein Projekt, uns mit anderen Frauenorganisationen der Region Ixcán besser zu vernetzen. Mit der Unterstützung vom Bürgermeister Marcos Ramirez ist ein Büro zur verbesserten Koordination der Arbeit der Frauenorganisationen in der Region Ixcán geplant. Auch führen wir einen Kurs für Promotorinnen aus ganz Guatemala durch, der sich u. a. mit der Geschichte und den Rechten der Frauen beschäftigt und sowohl die individuelle (psychische Gesundheit) als auch die Stärkung der Organisation der Frauen auf nationaler Ebene zum Ziel hat.

Dies sind unsere derzeit wichtigsten Aktivitäten. Die Arbeit ist sehr streng und wir müssen dazu häufig um 3:00 Uhr morgens aufstehen und kommen erst um 23:00 Uhr ins Bett, weil wir neben AMPI auch noch für unsere Familien schauen müssen. Wir müssen stundenlang, beschwerliche Fusswege auf uns nehmen, aber wir machen das, weil wir von der Wichtigkeit unserer Arbeit überzeugt sind. Ohne Partizipation der Frauen ist keine Entwicklung möglich.

Hoher Militär sagt gegen Ríos Montt aus

Guatemala, 22. Nov. "Krieg ist Krieg und Krieg ist immer schmutzig", waren die Worte des pensionierten General Horacio Egberto Maldonado Schaad, von der Vereinigung Ge-

rechtigkeit und Versöhnung (AJR) wegen Völkermord angeklagt.

Maldonado Schaad war Mitglied der am 23. März 1982 gegründeten Militärjunta während der Regierung des heutigen Kongresspräsidenten Efraín Ríos Montt. Diese beiden, sowie Francisco Luis Gordillo Martínez, Oscar Humberto Mejía Godoy und Héctor Mario López Fuentes sind angeklagt, für diverse im Jahre 1982 begangenen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit verantwortlich zu sein.

Die Klage gegen die genannten Militärs wurde im Juni dieses Jahres von den in der AJR zusammengeschlossenen Indígenagemeinden präsentiert. Im Mai 2000 reichte die selbe Organisation eine Klage gegen Romeo Lucas García und seine ehemalige Militärführung ein.

Die Staatsanwaltschaft hat die Aussagen fast aller ZeugInnen im Fall Lucas García aufgenommen, in Kürze werden auch die Anhörungen im Fall Ríos Montt beendet sein. Obwohl sich Maldonado Schaad freiwillig zu einer Aussage vor dem zuständigen Staatsanwalt, Mario Leal, gemeldet hat, wird er im Rahmen der laufenden Untersuchung noch einmal offi-

ziell vorgeladen werden.

Die AJR hofft, dass andere Angeklagte dem Beispiel des Generals folgen werden und bei den Untersuchungen kooperieren. Der Präsident der AJR, Anselmo Roldan Aguilar, erklärte: "Es ist für uns eine grosse Befriedigung, immerhin hat es ein hoher Militär für notwendig befunden, auf unsere Anklage zu reagieren. Es ist ein Zeichen dafür, dass der Staat auf solche Verbrechen reagieren muss und den Opfern Gerechtigkeit zukommen lässt. Es ist ein Schritt in eine Zukunft ohne Straflosigkeit und wir hoffen, dass die Staatsanwaltschaft in ihren Untersuchungen ebenfalls dieses Ziel verfolgt, damit die Schuldigen vor Gericht kommen und sich der Rechtsstaat in unserem Land durchsetzt."

Auch die Menschenrechtsorganisation CALDH, die AJR juristisch begleitet, zeigt sich zufrieden: "Es ist wichtig, dass er freiwillig ausgesagt hat. Wir rufen auch die anderen Angeklagten auf, dies zu tun, inklusive Ríos Montt, der als Kongressabgeordneter Immunität genießt. Wer nichts zu verstecken hat, kann sich freiwillig vor Gericht melden," sagte Frank LaRue, Direktor von CALDH.

¡Fijáte!

**Herausgegeben von:
Verein ¡Fijáte!
2502 Biel
PC: 30-516068-6
Redaktion und Abos:
¡Fijáte!
c/o Barbara Müller
Ankerstrasse 16
8004 Zürich
Tel. 01/ 241 44 43
E-Mail:
barbara-m@bluewin.ch
Jahresabo: 100.- Fr.
Auslandabo: 120.- Fr.
Förderabo: ab 200.- Fr.**

Erscheinungsweise vierzehntäglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Wie soll das Haushaltsbudget 2002 finanziert werden?

Guatemala, 23. Nov. Bis zum 30. November muss der Kongress zu einer Einigung über das Haushaltsbudget 2002 kommen. Das Budget über die staatlichen Ausgaben und Einnahmen des kommenden Jahres wurde am 29. August vom Finanzminister eingereicht und muss bis zum Ende dieser Legislatur verabschiedet werden.

Der Kongress will das vorgelegte Budget um 3 Milliarden Quetzales kürzen, von rund 27 auf rund 24 Milliarden Quetzales (ca. 8 Milliarden US-\$). Grosse Abweichungen zum letztjährigen Budget sind vor allem im Verteidigungsministerium (Erhöhung um 25 Mio. US-\$) und im Erziehungsministerium (Kürzung um 85 Mio. US-\$) auszumachen. Die Aussage der Präsidentin der Finanzkommission des Kongresses, Flora de Ramos, dass die meisten Ministerien, Sekretariate und sonstigen staatlichen Institutionen über eine ähnliche Menge Geld verfügen wie im laufenden Jahr, stimmt nicht ganz, wurden doch die Budget der meisten Sozialfonds und derjenigen Institutionen die sich für die Einhaltung der Menschen- und Frauenrechte einsetzen, gekürzt. Immerhin beschloss der Kongress in letzter Minute, den geplanten (und von den internationalen Geldgebern geforderten) Zusammenschluss der diversen Sozialfonds zu einem, dem präsidentialen Sekretariat unterstellten Fonds, bis auf weiteres zu verschieben.

Ramos erklärte, dass als Grundlage für die Erstellung des Budgets die sozialpolitischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Prioritäten, wie sie die Friedensabkommen festlegen, gedient hätten. Sie gab jedoch zu, dass viele Ministerien ineffizient arbeiten.

Dies ist eine der Kritiken, die seit Beginn der Administration Portillo von OppositionspolitikerInnen, AnalytikerInnen, der Presse und der Zivilgesellschaft immer wieder geäussert wurde. Ebenso die Korruption in staatlichen Institutionen, die ein inakzeptables Niveau erreicht hat. Erinnert sei hiermit an die Skandale im Ministerium für Kommunikation und Infrastruktur, in der Sozialversicherung IGSS, im Friedensfonds (FONAPAZ) und in verschiedenen anderen staatlichen Institutionen.

Das grosse Problem ist, dass die Regierung noch nicht genau weiss, woher sie die Gelder nimmt, mit denen sie den Staatshaushalt nächstes Jahr führen will. Als Geldquellen soll die im August diesen Jahres erhöhte Mehrwertsteuer dienen. Ebenfalls soll ein Teil der dritten Rate des Verkaufs von GUATEL ins Haushaltsbudget fliessen. Weil gegen das geplante Gesetz zur Besteuerung von Alkoholischen Getränken (Steuermarke) im Verfassungsgericht eine Einsprache in Bearbeitung ist, versucht nun die FRG im Kongress eine etwas anders formulierte Steuer für diese Produkte durchzubringen. Der als Bei-

trag zum Haushaltsbudget 2002 gedachte Verkauf von Staatsaktien (z.B. des Strommarktes) wurde vom Kongress verworfen.

Es geht aber nicht nur um die Finanzierung der Zukunft, auch für den Rest des Jahres sind die Gehälter vieler Staatsangestellter nicht gesichert, nicht zu sprechen vom 13. Monatsgehalt. Ebenfalls offen sind die Rechnungen vieler Unternehmen, die Bauten im Auftrag der Regierung durchgeführt haben.

Gleichzeitig ist aber allgemein bekannt, wieviel Geld in die vermeintliche Rettung der beiden Banken des Präsidentenfreundes Francisco Alvarado McDonald gesteckt wurde, wieviel Geld beim Verkauf der Telefongesellschaft GUATEL 'verloren' ging, wie teuer die Luxusstaatsreisen des Präsidenten und seiner Gefolgschaft sind, etc.

Mit all diesem Geld könnten unzählige Projekte finanziert werden, um der Armut ernsthaft etwas entgegenzusetzen oder um die Umsetzung der Friedensabkommen zu verwirklichen.

Nicht zuletzt auf Druck des Foro Guatemala nahm Ende November die Begleitkommission des Finanzpaktes ihre Arbeit wieder auf. Die Kommission stellte im Juni dieses Jahres ihre Aktivitäten ein nachdem die Regierung den Dialog abgebrochen hatte. Die erste Aufgabe, die sich die Kommission vorgenommen hat, ist eine Analyse des Haushaltsbudgets 2002.

Zunehmende Abwanderung von Maquilas

Guatemala, 21. Nov. GewerkschaftsvertreterInnen äusserten sich besorgt über die Massenentlassungen in Maquilas, bei denen die Rechte der ArbeitnehmerInnen nicht eingehalten wurden.

Roberto Dueñas von der *Guatemaltekischen Gewerkschaftszentrale* (CGTG) erklärte, die Leute würden entlassen mit der Begründung, die Maquila befände sich seit den Attentaten vom 11. September in der Krise. Dieses Argument werde jedoch nur vorgebracht, um den ArbeiterInnen die geschuldeten Gehälter und die Abfindungen nicht bezahlen zu müssen, betonte Dueñas.

Die Anschläge in den Vereinigten Staaten hätten nichts mit der Schliessung der Maquilas in Guatemala zu tun, dies sei ein altes Phänomen. Tatsache sei vielmehr, dass die Fabriken nach neun Jahren geschlossen werden, da das guatemaltekische Gesetz ausländische Investoren während zehn Jahren von

Steuerbezahlungen befreit, meinte Dueñas.

José Pinzón, ebenfalls von der CGTG, kritisierte die guatemaltekische Regierung, zu wenig deutlich gegen die Maquilabesitzer, meist koreanischer Herkunft, vorzugehen. Guatemala fühle sich Korea verpflichtet, dass dieses Land ein grosszügiger Spender sei, meinte Pinzón.

Dass die Schliessung der Maquilas nichts mit den Anschlägen in den USA zu tun hat, beweist auch ein Blick auf die Statistik der *Textil- und Bekleidungskommission* VESTEX. Seit Anfang Jahr haben mehr als dreissig Maquilas in Guatemala ihr Pforten geschlossen, allein im Monat August waren es dreizehn. Rund 8200 ArbeiterInnen haben durch diese Schliessungen ihren Arbeitsplatz sowie ausstehende Lohnzahlungen verloren.

Nichtsdestotrotz besteht Arbeitsminister Juan Francisco Alfaro Mijan-

gos auf der "Attentat-Version". Das Problem der Maquilas betreffe nicht nur Guatemala, sondern ganz Zentralamerika, meinte er. Weiter stritt er ab, dass die Maquilas Guatemala verliessen und in die Nachbarländer abwandern, weil sie dort 'bessere' Bedingungen antreffen, wie es kürzlich in einer Zeitungsreportage hiess. (Besser bedeutet in diesem Fall, bessere Chancen zur Steuerflucht und mehr Möglichkeiten, die ArbeiterInnen auszubeuten.)

Absolut vereinnahmt vom Globalisierungsgedanken ist Wirtschaftsminister Marco Antonio Ventura: "Auch wenn die Maquilas in andere zentralamerikanische Länder abwandern, profitieren wir doch alle davon. Zentralamerika ist ein grosser Wirtschaftsraum und es darf keine Konkurrenz zwischen den einzelnen Ländern geben. Wenn es einem einzelnen Land der Region gut geht, geht es uns allen besser", so die interessante Schlussfolgerung Venturas.

Hochgefährliche Inhaltsstoffe in Insektensprays

Guatemala, 26. Sept. Die BAYER AG vertreibt in Mittelamerika Insektensprays der Marke BAYGON mit dem giftigen Inhaltsstoff Dichlorvos. Die vor fünf Jahren gemachte Zusage, Dichlorvos durch ungefährlichere Substanzen zu ersetzen, wurde bis heute nicht umgesetzt. In Deutschland vertriebenes BAYGON enthält kein Dichlorvos, die Weltgesundheitsorganisation WHO bezeichnet die Chemikalie als „hochgefährlich“.

BAYER hatte in Guatemala mit dem Slogan „Der plötzliche Tod ist eine Spezialität aus Deutschland“ für BAYGON geworben. Angesichts breiter Kritik entschuldigte sich das Unternehmen für den geschmacklosen Anzeigentext und stoppte die Kampagne. BAYER-Sprecher Thomas

Reinert versprach zudem, Dichlorvos auch in Zentralamerika durch ungefährlichere Substanzen zu ersetzen. Aktuelle Testkäufe belegen jedoch, dass der risikoreiche Inhaltsstoff in guatemaltekischem BAYGON bis heute enthalten ist. Die Zusammensetzung (1% Propoxur, 0,015 % Cyfluthrin und 1% Desmethyl-Dichlorvos) blieb völlig unverändert. Zudem brachte BAYER unter dem Namen „Oko“ ein neues Mittel auf den Markt, das ebenfalls 1% Dichlorvos enthält.

Philipp Mimkes von der Koordination gegen BAYER-Gefahren (CBG): „Ein typischer Fall für doppelte Sicherheitsstandards. Gerade in einem Land wie Guatemala, wo 40% der Bevölkerung nicht lesen können, sind solche hochgefährlichen Produkte

völlig fehl am Platz. Die Menschen sind mit den Risiken dieser frei verkäuflichen Pestizide wenig vertraut und können sich nur schlecht schützen.“ Die CBG fordert einen Verkaufsstopp für BAYGON.

BAYER wirbt in Lateinamerika mit dem Slogan „Si es BAYER, es bueno“ (wenn es von BAYER ist, ist es gut). Da Deutschland und deutsche Produkte in Mittelamerika hohes Ansehen genießen und die Gesundheitsvorsorge nur ein Randthema darstellt, ist die Schädlichkeit von BAYGON in Guatemala fast unbekannt. Gifte wie BAYGON werden in Küchen und Schlafräumen angewendet, Rückstände der langlebigen Inhaltsstoffe werden eingeatmet oder mit der Nahrung aufgenommen.

Ein Flusskraftwerk im Petén?

Guatemala, 20. Nov. Ein Ende der 60er Jahre zu Regierungszeiten von Julio César Méndez Montenegro ausgeheckter Plan zum Bau eines Flusskraftwerkes am Usumacinta, dem Grenzfluss zu Mexiko, wurde vor ein paar Monaten wieder ausgegraben und steht erneut zur Diskussion. Das überarbeitete Projekt sieht den Bau von vier, hintereinander liegenden Flusskraftwerken am Usumacinta vor. Rund hundert Hektare Kulturland soll dazu unter Wasser gestellt werden.

Der Gouverneur des Departement Petén, José Adán Regalado, gab sich zuversichtlich: "Mit der heutigen Tech-

nologie kann ein Flusskraftwerk gebaut werden, ohne dass ökologische Schäden entstehen. Ich finde, wir sollten es versuchen", meinte Regalado.

Ganz anderer Meinung ist José Manuel Chacón von der Umweltschutzorganisation *Madre Selva*. Als erstes wies er darauf hin, dass bereits zu Zeiten von Montenegro der Protest der Bevölkerung gegen den Bau des geplanten Flusskraftwerkes gross war. Dies sei auch heute nicht anders, meinte Chacón, wisse man doch um die umweltschädigenden Nebenwirkungen eines solchen Projektes. Durch die Stauung des Flusses würden riesige

Landstriche überflutet, was eine Zerstörung der Flora und Fauna bedeute. Ausserdem bedeute ein Flusskraftwerk eine Gefahr für die am Flussufer lebende Bevölkerung, meinte der Umweltaktivist.

Auch auf den finanziellen Aspekt des Projektes wies Chacón hin: Der guatemaltekische Staat müsste sich mit ca. 3 Milliarden US-\$ am Bau des Flusskraftwerkes beteiligen - 85% des produzierten Stroms würde jedoch nach Mexiko exportiert. Was heisst, die guatemaltekische Bevölkerung hätte vor allem die negativen Konsequenzen eines solchen Projektes zu tragen.

Vorwürfe gegen Menschenrechtsprokurator

Guatemala, 21. Nov. Rund dreissig, in der Nationalen Menschenrechtskoordination (CONADEGUA) zusammengeschlossene Menschenrechtsorganisationen fordern vom Kongress eine Untersuchung gegen den Menschenrechtsprokurator, Julio Arango Escobar.

Im Verlauf seiner Amtszeit wurde er immer wieder beschuldigt, käuflich zu sein, Vetternwirtschaft zu betreiben und Gelder zu veruntreuen. Der jüngste Skandal entbrannte wegen einer Zeitungsmeldung, in der es hiess, Arango Escobar lade auf Staatskosten zu einem Treffen ein, bei dem es um die Gründung seiner eigenen Partei ginge.

Arango Escobar wies diese Beschuldigung zurück. "Die Rechnungs-

bücher der Ombudsstelle für Menschenrechte stehen allen offen, die sich dafür interessieren. Diese Anschuldigungen kommen von vermeintlichen MenschenrechtsaktivistInnen, die Angst haben, dass ich mich ein zweites Mal zur Wahl für dieses Amt stelle. Dies werde ich nicht tun, ich gehöre nicht zu denen, die eine Wiederwahl in Betracht ziehen. Auch habe ich keine Ambitionen, eine politische Karriere einzuschlagen und eine Partei zu gründen," erklärte Arango.

Menschenrechtsorganisationen sind sich aber einig: In den letzten Jahren hat der Einfluss des Prokurators auf die staatliche Menschenrechtspolitik nachgelassen und ist im Falle von Arango Escobar zur reinen Farce verkommen. Die Statistiken beweisen,

dass seit der Machtübernahme der FRG-Regierung Menschenrechtsverletzungen aller Art drastisch zugenommen haben.

Deshalb haben die Menschenrechtsorganisationen Kriterien erarbeitet, die bei der Einstellung von dessen Nachfolger (im ersten Semester 2002 ansteht) berücksichtigt werden sollte. Dazu gehört: Politische Unabhängigkeit, akademische Ausbildung, Kenntnis über die nationale Realität und über die Geschichte der Menschenrechtsverletzungen in Guatemala. Die in CONADEGUA zusammengeschlossenen Organisationen werden ihre eigenen KandidatInnen für die Nachfolge Arango Escobars vorschlagen, erklärte Claudia Samayoa von der Stiftung Rigoberta Menchú.

Gemeinden wehren sich gegen korrupte Bürgermeister

Guatemala, 19. Nov. Sie haben genug von der Korruption in ihrer Gemeindeverwaltung: EinwohnerInnen verschiedener Gemeinden landesweit berufen öffentliche BürgerInnenversammlungen ein, an denen die Gemeindeverwaltungen ihre Geschäfte offen auf den Tisch legen müssen.

In jüngster Zeit wurden in Mazatengango, Suchitepéquez und San Pedro Scatepéquez, San Marcon, offene BürgerInnenversammlungen abgehalten.

Am 30. Oktober gelang es einer Gruppe von BürgerInnen in Mazatengango, die Gemeinderäte davon zu überzeugen, eine BürgerInnenversammlung durchzuführen. Gefordert wurde diese Versammlung von HändlerInnen, die im lokalen Markt ein Ladenlokal gemietet haben. Deren Mierte wurde kürzlich um 1500% erhöht, während gleichzeitig die Angestellten der Gemeindeverwaltung eine Gehaltserhöhung erhielten. Das Fass zum Überlaufen brachte jedoch die Tatsache, dass der FRG-Bürgermeister, Carlos Orellana Chávez, mit Unterstützung

seines Sohnes und der Kassiererin der Gemeinde, innerhalb dreier Monate 400'000 Quetzales unterschlagen. Dies, indem er Checks und Quittungen ausstellte über Beträge zwischen 9700 und 9999 Quetzales. Alle Beträge über 10'000 Quetzales müssen von der Gemeindeversammlung genehmigt werden. Seit seiner Amtsübernahmen im Januar 2000 hatte Orellana rund 30 Mio. Quetzales (ca. 3.7 Mio. US-\$) unterschlagen hat. Dafür hat er sich zwei Fincas, die neusten Automodelle und Vieh gekauft.

Bürgermeister Orellana, der am Anlass nicht dabei war, wurde von seinem Amt suspendiert und die Versammlung ernannte einen Stellvertreter. Orellana akzeptierte den Entscheid jedoch nicht und richtete sich in einem Büro in der Nähe der Gemeindeverwaltung ein mit der Begründung, er sei immer noch der Bürgermeister.

Die Verkaufsstände der HändlerInnen, die die BürgerInnenversammlung einberiefen, wurden angegriffen und sie selber bedroht.

Vorläufig keinen Erfolg hatten die

BürgerInnen von San Pedro Sacatepéquez. Auch sie beriefen eine offene BürgerInnenversammlung ein. Lauro Moises de León, Bürgermeister von San Pedro, wird kritisiert, zu wenig Infrastrukturbauten in den ländlichen Teilen der Gemeinde vorzunehmen und beschuldigt, 100'000 Quetzales unterschlagen zu haben.

Die BürgerInnenversammlung dauerte über acht Stunden, am Schluss waren von den ursprünglich 1800 nur noch 200 Personen anwesend, was nicht reichte, den Bürgermeister zum Rücktritt zu zwingen. Dafür wurde ihm nun ein Ultimatum gestellt, bis Monatsende zurückzutreten und diese Forderung wird mit regelmässigen Demonstrationen vor dem Gemeindehaus unterstützt.

Auch in andern Gemeinden sind offene BürgerInnenversammlungen geplant, so in Cuilapa, Santa Rosa, gegen Bürgermeister Antonio Francisco Lazo, in Palín, Escuintla, gegen Augustín Coj Benito, in San Felipe Retalhuleu gegen Angel Martínez und in Quetzaltenango gegen Rigoberto Quemé Chay.

25. November

Guatemala, 24. Nov. Im Rahmen der Aktivitäten des *Internationalen Tags gegen Gewalt gegen Frauen* werden in der Zone 18 der guatemalteckischen Hauptstadt Wandbilder gemalt. Die Bilder stehen unter dem Motto "Zeugnisse von Frauen in ihrem Kampf gegen die Gewalt gegen Frauen". Unterstützt wird das Projekt von der *Nationalen Frauenunion Guatemalas* (UNAM) und dem *Entwicklungsfonds für Frauen der Vereinten Nationen* (UNIFEM).

Seit Juni lief ein Prozess der Aufklärung und Ausbildung über die Rechte der Frauen und die nationalen und internationalen Gesetze, die diese Rechte schützen. Gleichzeitig erhielten die Frauen Malunterricht, um das Erlernete in den Wandbilder umzusetzen.

Anlässlich der Einweihung dieser Wandausstellung wollen die Frauen der Regierung Forderungen überreichen mit gemeinsam erarbeiteten Vorschlägen, wie der Gewalt gegen Frauen etwas entgegengesetzt werden kann.

Solche Ratschläge scheint die Regierung bitter nötig zu haben: Obwohl es ein von Präsident Portillo unterzeichnetes Dokument gibt, das die Gründung des *Nationalen Instituts für die Frau* (INAM) festlegt, ist in dieser Sache noch nichts geschehen. Dies ist auf eine Meinungsverschiedenheit zwischen der Exekutive und der Legislative zurückzu-

führen: Das INAM kann seine Arbeit erst aufnehmen, wenn der Kongress ein entsprechendes Gesetz verabschiedet hat. Dass dies jedoch geschieht, bezweifelt Sonia Escobedo, vom Frauensektor der *Versammlung der Zivilgesellschaft* (ASC): "Wie soll der Kongress ein Insti-

tut unterstützen, für das er keine Notwendigkeit sieht?"

Escobedo ruft die Frauenorganisationen des Landes auf, sich gemeinsam für eine öffentliche Politik einzusetzen, die den Bedürfnissen von Frauen entspricht.

Ausgezeichnete Solidaritätsarbeit

Bern/Wien, im Okt. Kürzlich wurden Madeleine und Ruedi Rumpf für ihr langjähriges Engagement in der Animation und Koordination der Basisorganisation *Guatemala-Netz Bern* mit dem diesjährigen Förderpreis der Fachstelle für *Ökumene, Mission und Zusammenarbeit der evangelischen Kirchen der Kantone Bern und Jura* (OeME) ausgezeichnet. Der Preis in der Höhe von Sfr. 5000.- wird der Arbeit des *Guatemala-Netzes* zugute kommen.

Anlässlich des Jahres der Freiwilligen wird die österreichische Aussenministerin drei Ehrungen vornehmen in Anerkennung der vielen freiwilligen Leistungen, die es in der Entwicklungszusammenarbeit seitens der Nichtregierungsorganisationen gibt. Eine der ausgezeichneten Personen ist Renate Sova, Vertreterin der *Guatemala-Initiative Wien* und des *Guatemala-Komitee Wien*.

In einer Erklärung der Österreiche-

rInnen heisst es: "Die Guatemala-Solidarität Österreich freut sich über die Auszeichnung ihres ehrenamtlichen Einsatzes für Frieden und Gerechtigkeit in Guatemala. Diese Ehrung darf für die Bundesregierung aber kein Vorwand sein, sich ihrer Verantwortung für die staatliche EZA zu entziehen. Ehrenamtlichkeit ist kein Ersatz für staatliche Verpflichtungen. Wir sind besorgt über weitere geplante Kürzungen der bilateralen EZA für die Schwerpunktregion Zentralamerika. Wir sprechen uns entschieden gegen jede Senkung der Leistungen für diese von sozialer Ungerechtigkeit und wirtschaftlicher Ausbeutung heimgesuchte Region aus. Wir fordern die österreichische Bundesregierung dazu auf, Guatemala beim Wiederaufbau nach dem langen Bürgerkrieg weiterhin zu begleiten und die Umsetzung der Friedensverträge finanziell zu unterstützen."

Herzliche Gratulation!